

## **Aktuelles aus dem Parlament**

Nr. 1/2006

26. Jänner 2006

---

**Verkehrsthemen und der geplante Börsegang der Post waren einige der Hauptthemen in der ersten Plenarsitzung des Nationalrats im Jahr 2006. Die wichtigsten Gesetzesbeschlüsse habe ich hier für Sie bzw. Euch zusammengefasst.**

### **Mautsysteme werden europaweit vernetzt**

Mehr Effizienz im nationalen wie im internationalen Straßenverkehrsnetz bringt die Novelle des ASFINAG-Gesetzes. Die Mautsysteme Österreichs und der anderen EU-Staaten werden elektronisch aufeinander abgestimmt und vernetzt. Ausländische "Mautsünder", die ohne Autobahnvignette in Österreich unterwegs sind, können nun besser verfolgt werden. Diese und andere Änderungen tragen dazu bei, dass die ASFINAG ihre Aufgaben optimal erfüllen und weiter an der Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur arbeiten kann. So kann beispielsweise ein Teil der auf der Brenner-Autobahn eingehobenen Maut für den geplanten Eisenbahn-Basistunnel unter dem Brenner verwendet werden.

### **160 km/h auf Testabschnitten sind kein Freibrief zum Rasen**

Mit einer Änderung im Führerscheingesetz wurde festgelegt, dass auch auf Tempo-160-Teststrecken bei 180 km/h der Führerschein weg ist. Ohne diese Änderung wäre dies nach geltender Gesetzeslage erst ab 210 km/h der Fall gewesen. Damit wird unnötiger Raserei ein Riegel vorgeschoben.

### **Post soll an die Börse, Anteilsmehrheit aber im Besitz der Republik bleiben**

Auf Initiative der ÖVP wurde der Finanzminister vom Nationalrat aufgefordert, die erfolgreiche Privatisierung von Staatsunternehmen bei der Post AG fortzusetzen. Die bisherigen Börseneinführungen sollen dabei als Beispiel dienen: Böhler-Uddeholm, Flughafen Wien, Voest Alpine Stahl, Telekom Austria, OMV. In all diesen Fällen hat sich der Aktienwert nach der Börseneinführung vervielfacht, die Mitarbeiterzahl wurde erhöht, der Schuldenstand wurde drastisch reduziert. Verbunden mit dem Beschluss an den Finanzminister ist aber die Klarstellung des Nationalrats, dass auch in Zukunft mindestens 51 % des Post-Anteils bei der Republik verbleiben soll.

### **EU-Beitritt Bulgariens und Rumäniens als Perspektive**

Einig zeigten sich alle vier Parteien in ihrer Position zum EU-Beitritt von Bulgarien und Rumänien. Gemeinsam wurde die verfassungsrechtliche Grundlage beschlossen, dass Österreich zu gegebenem Zeitpunkt die entsprechenden Beitrittsverträge ratifizieren kann. Klar ist aber, dass dies erst erfolgen kann, wenn Bulgarien und Rumänien ihre Beitrittsreife unter Beweis gestellt haben. Der eigentliche Vertrag muss sowohl von National- als auch Bundesrat mit Zwei-Drittel-Mehrheit genehmigt werden.

### **Für Importverbot von Hunde- und Katzenfellen**

Einstimmig hat der Nationalrat beschlossen, ein Importverbot für Hunde- und Katzenfelle in die Wege zu leiten. Auf europäischer Ebene soll eine Kennzeichnung für Felle in Kleidungsstücken eingeführt werden. Die Konsumenten können derzeit nicht beurteilen, ob hier gekaufte Kleidung Hunde- und Katzenfell enthält, das vor allem in Ostasien unter tierquälerischen Bedingungen hergestellt wird.

Mit herzlichen Grüßen

**Franz Glaser**